

Eckpunkte des BDI zum geplanten Energiekonzept der Bundesregierung

I. Industrieland Deutschland braucht verlässliche und bezahlbare Energieversorgung

Dokumenten Nr.
D 0350

Datum
23. Juni 2010

Seite
1 von 6

Der Wohlstand Deutschlands basiert mehr als in allen anderen großen europäischen Staaten auf einer starken Industrie. Deutschland erwirtschaftet rund 27 % der industriellen Bruttowertschöpfung der Europäischen Union und damit mehr als Großbritannien und Frankreich zusammen. Die Industrie steht für fast 90 % der deutschen Exporte. In der Industrie erfolgen über 90 % der Forschungs- und Entwicklungsausgaben der deutschen Wirtschaft.

Für Deutschland als Industrieland ist eine sichere, bezahlbare und klimagerechte Energieversorgung unverzichtbar. Alle drei Ziele müssen in Einklang gebracht werden. Klimaschonende Energien müssen so gestaltet werden, dass sie sicher und bezahlbar sind. Ein konsistentes Energiekonzept muss eine Gesamtschau dieser Ziele über den ganzen Planungszeitraum sichern. Veränderungen des bestehenden Systems müssen schrittweise erfolgen. Dabei müssen die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen auf Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit konkret offengelegt werden.

An folgenden Kriterien muss sich das Konzept messen lassen:

- Politisch definierte Ziele wie den Klimaschutz kosteneffizient und technologieoffen verfolgen
- Marktkräfte stärken und Chancen eines europäischen Energiebinnenmarktes besser nutzen
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Energiekosten herstellen: Staatliche Belastungen senken, statt sie weiter zu erhöhen
- Förderinstrumente auf ihre ordnungspolitische Konsistenz und Effizienz hin systematisch überprüfen
- Marktwirtschaftliche Anreize für Effizienzsteigerungen stärken statt bürokratische Reglementierungen der Energienutzung einzuführen
- Internationale Technologieführerschaft der deutschen Industrie in ihrer Breite stärken statt national klimapolitische Alleingänge zu versuchen
- Öffentliche Mittel für die Energieforschung signifikant erhöhen
- Akzeptanz für große, dringend notwendige Investitionen in Netze, Speicher und Kraftwerke stärken und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Daher verbindet die deutsche Industrie mit einem Energiekonzept folgende Erwartungen:

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1542
F: 030 2028-2542

Internet
www.bdi.eu

E-Mail

E.Rottenburg@bdi.eu

II. Strategie und Grundsätze

1. Energiemix technologieoffen gestalten

Ein breiter, technologieoffener Energiemix ist aus Gründen der Versorgungssicherheit unverzichtbar. Dazu gehören der immer effizientere Einsatz der fossilen Energien (Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, Erdgas) und die Nutzung der davon in Deutschland verfügbaren Ressourcen. Erdgas sowie auch die heimische Braunkohle sind noch sehr lange verfügbar. Zu dem breiten Energiemix gehören auch die vielfältigen weiteren Stromerzeugungsarten, z. B. Ausbau und Weiterentwicklung von erneuerbaren Energien, Kernenergie als Brückentechnologie und langfristig die Entwicklung der Fusionstechnologie.

2. Der Markt muss entscheiden, der Staat den Rahmen setzen

Über die genaue Gestaltung des Energiemixes muss der Markt entscheiden. Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen des Energiemarktes zu gestalten. Neben dem Emissionshandel gehören dazu auch Regelungen zur Sicherung des Marktzugangs neuer Anbieter und zur zeitlich befristeten Anschubförderung von Technologien, die künftig einen substanziellen Beitrag zum Energiemix – auch unter Berücksichtigung möglicher externer Effekte – leisten können. Mit stark steigendem Anteil des geförderten Stroms ist die Förderpolitik anzupassen und auf eine zügige Heranführung an die Marktpreise hinzuwirken.

3. Wertschöpfungsketten in Deutschland erhalten – staatliche Belastungen auf Industriestrom senken

Die Industrie erwirtschaftet rund 25 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Mit diesem hohen Industrieanteil hält Deutschland in Europa eine Spitzenstellung. Er wird u. a. ermöglicht durch die bisher immer sehr zuverlässige Energieversorgung in Deutschland und die hier bestehenden vollständigen Wertschöpfungsketten. Beides ist auch in Europa nicht überall eine Selbstverständlichkeit. Am Anfang der industriellen Wertschöpfungskette stehen die energieintensiven Industrien. Sie nehmen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes eine Schlüsselposition ein. Die Produkte dieser Industrien schaffen ganz maßgeblich die Grundlagen für erfolgreichen Klimaschutz. Die energieintensiven stehen für mehr als 870 000 Arbeitsplätze in Deutschland. Für die energieintensiven Industrien stellen die im internationalen Vergleich sehr hohen Industriestrompreise in Deutschland eine große Belastung dar. Die Vorreiterrolle Deutschlands bei Klimaschutz und erneuerbaren Energien wird falsch verstanden, wenn sie zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Industrien geht. Eine Verlagerung der energieintensiven Industrien aus Deutschland heraus zerreißt Wertschöpfungsketten und gefährdet Arbeitsplätze. Um einen Riss in der Wertschöpfungskette zu vermeiden, muss ein zukunftsfähiges Energiekonzept einen Weg aufzeigen für eine verlässliche, innovative und bezahlbare Energieversorgung. Gerade die Finanzkrise zeigt, dass Deindustrialisierung keine Option für die Zukunft Deutschlands ist. Das Industrieland Deutschland braucht die energieintensiven Industrien. Sie sichern reale Wertschöpfung, Wachstum und Arbeitsplätze.

4. Das Energiekonzept muss europakompatibel sein

Die deutsche Energieversorgung ist Teil des entstehenden europäischen Energiebinnenmarktes. Sein Ziel ist es, künftig für deutlich mehr Wettbewerb als bisher zu sorgen. Diesem Ziel ist auch die politische Rahmensetzung für den Energiemix in Deutschland verpflichtet. Sie muss daher so gestaltet werden, dass sie den EU-Energiebinnenmarkt nicht behindert. Durch den gesetzlich verankerten Einspeisevorrang von Strom aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung wird praktisch die Hälfte der deutschen Stromversorgung dem Markt entzogen und so für Lieferungen aus dem EU-Ausland unerreichbar. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung eine Erweiterung des hierzulande durch erneuerbare Energien und KWK produzierten Stromanteils auf über 50 % an der Gesamtzeugung anstrebt, sollte die Fördergesetzgebung auf die Vereinbarkeit mit einem EU-Binnenmarkt für Strom hin überprüft werden. Mittelfristig sind Strom aus erneuerbaren Energien und KWK in den Markt zu integrieren.

5. Effizienzziele realistisch setzen und marktwirtschaftlich gestalten

Energieeffizienz spielt weltweit eine Schlüsselrolle, um ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz zu erreichen. Die deutsche Industrie gehört zu den energieeffizientesten der Welt und setzt hier international Maßstäbe. Aufgrund des bereits erreichten hohen Niveaus sind weitere Anstrengungen mit teilweise überproportionalen Kosten verbunden und stoßen auch an physikalische Grenzen. Politische Ziele, die Energieeffizienz in Deutschland noch weiter zu steigern, müssen daher realistisch gewählt werden und nicht ohne Rückkopplung zu den Erfahrungen der Vergangenheit: In den letzten 20 Jahren ist eine durchschnittliche jährliche Effizienzsteigerung von 1,7 % erreicht worden. Bürokratische Rationierung, Reglementierung der Energienutzung oder staatliche Investitionslenkung in Unternehmen wären der falsche Weg. Bezogen auf die verschiedenen Energieverwendungen (Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude, industrielle Prozesse) sind mit gleichem Aufwand sehr unterschiedliche Effizienzgewinne erzielbar. Deshalb muss das Energiekonzept dort ansetzen, wo die größtmöglichen Effizienzgewinne pro eingesetztem Euro erreichbar sind.

III. Nachhaltigen Energiemix gestalten

Klare Entscheidungen erwartet die deutsche Industrie vor allem bei den folgenden Aspekten des Energiemixes:

1. Erneuerbare Energien

Um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, brauchen wir einen Umbau der Förderpolitik: Bisher stand der massive Ausbau von Erzeugungskapazität im Mittelpunkt. Künftig muss es verstärkt auch um Netzausbau, Speichertechnologien und Energieforschung gehen. Ziel muss Erhalt und Ausbau der internationalen Technologieführerschaft bei den erneuerbaren Energien und bei deren Einbindung in das Gesamtsystem der Stromversorgung sein. Die Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren bis 2020

wird nur unter der Annahme eintreten, dass sich die fossilen Energien bis dahin stark verteuern. Andernfalls wird der finanzielle Förderbeitrag für die erneuerbaren Energien, der von den Verbrauchern pro Kilowattstunde zu zahlen ist, höher werden als der eigentliche Strompreis.

Wir wollen eine Harmonisierung der Förderung in Europa. Denn so kann es gelingen, stärker die europaweit und auch darüber hinaus ertragreichsten und damit wirtschaftlichsten Standorte zu nutzen. Für alle Nutzungen ist Transparenz über die tatsächlich zur Verfügung stehenden Flächen herzustellen. Die Nutzung der Flächen muss dann technologieoffen möglich sein, um eine möglichst hohe Effizienz zu erreichen.

2. Kohle und CCS

Der Bau neuer, hocheffizienter Kohlekraftwerke mit und ohne CCS-Technologie als Ersatz für ältere Kraftwerke muss auch künftig in Deutschland möglich sein. Kohlekraftwerke tragen international die Hauptlast der Stromerzeugung. Deshalb sind Effizienztechnologien bei Kohlekraftwerken – zunehmend auch im Zusammenspiel mit Biomasse – ein kräftiger, weltweit einsetzbarer Hebel für die CO₂-Reduktion. Eine Neuanlage arbeitet rund 30 % effizienter als eine 40 Jahre alte Anlage. Nur mit realisierten Neubauten im Inland wird neueste, hocheffiziente Kohlekraftwerkstechnologie aus Deutschland auch längerfristig ihre starke Rolle im Export halten. Ein zukunftsfähiger Energiemix setzt daher auch den Neubau von Kohlekraftwerken voraus. Deutschland hat international eine führende Rolle bei der CCS-Technologie. Deshalb muss zügig ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, um die praktische Erprobung dieser Technologie weiter voranzutreiben.

3. Kernenergie

Die Kernenergie trägt maßgeblich zur Erreichung der Klimaziele bei. Zugleich hat sie neben der Kohle eine tragende Rolle, um wetterunabhängig die zuverlässige Stromversorgung sicherzustellen (grundlastfähige Versorgung). Die Laufzeitbegrenzung der deutschen Kernkraftwerke ist eine Kapitalvernichtung. Sie ist gerade in Zeiten steigender Energiepreise unverantwortlich. Aus diesen Gründen muss die Laufzeitbegrenzung zurückgenommen werden. Genehmigungen für den Weiterbetrieb sind an der Einhaltung der technischen Sicherheitsstandards auszurichten. Eine Studie im Auftrag des BDI hat gezeigt, dass eine Verlängerung der Laufzeiten auf 60 Jahre jährlich eine Entlastung der Energiekosten von bis zu 11 Mrd. Euro bewirkt. So könnte der mittelfristig erwartbare starke Anstieg der Energiekosten um rund ein Viertel gemindert werden. Der politisch fest beschlossene und gesetzlich verankerte Ausbau erneuerbarer Energien wird durch eine Laufzeitverlängerung nicht beeinträchtigt, der Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien gilt unverändert. Die Aufhebung der Laufzeitbegrenzung darf dem Ersatz älterer durch hocheffiziente neue fossile Kraftwerke in Deutschland nicht entgegenstehen, der insbesondere durch eine gemeinsamen Akzeptanzinitiative von Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu begleiten ist. Mit der Ausgestaltung der Laufzeitverlängerung muss gleichzeitig eine Prüfung der längerfristigen Entwicklung des Erzeugungsmarktes erfolgen, damit der Energiemix der Zukunft gestaltet und vorbereitet werden kann.

4. KWK

Das derzeit geltende KWK-Ausbauziel auf 25 % ist sehr ambitioniert und muss überprüft werden. Die Entwicklungen im Wärmemarkt mit sparsamerer Heiztechnik, neuen Bauweisen und häuslich dezentraler Versorgung zeigen dies. Im Industriebereich und bei Mikro-KWK gibt es allerdings durchaus KWK-Potenziale, deren Erschließung lohnt. Industrielle KWK-Anlagen dürfen nicht durch den Emissionshandel ab 2013 benachteiligt werden.

IV. Stromnetze ausbauen und modernisieren

Der EU-Energiebinnenmarkt erfordert einen europaweiten Ausbau der Stromnetze und Grenzkupplstellen. Mehr Strom aus erneuerbaren Energien setzt einen massiven Ausbau der Netze voraus. Erneuerbare Energien sind hoch volatil. Um sie immer stärker zu integrieren braucht Deutschland eine ganz andere Netzstruktur. Hierfür ist es notwendig, Speichertechnologien weiter zu erforschen und zu entwickeln.

So können auch Standortvorteile unterschiedlicher Technologien innerhalb der EU besser erschlossen werden. Um Blockaden beim Netzausbau zu lösen, müssen die Anreize für den Netzausbau verstärkt und die Anreizregulierung angepasst werden. Außerdem muss die Netz-Modernisierung beschleunigt werden. Ziel ist eine intelligente elektronische Vernetzung aller Komponenten des Energiesystems (Smart Grids). Dies ist auch eine Voraussetzung für eine umweltfreundliche Integration von Elektromobilität in das Gesamtsystem.

V. Klimaschutz kostenbewusst und wettbewerbsfähig gestalten

Ein verbindliches internationales Klimaabkommen ist eine Voraussetzung für effektiven Klimaschutz. Dazu brauchen wir eine gerechte Verteilung der Minderungsbeiträge und der Kosten („level playing field“) sowie langfristig stabile Investitionsbedingungen für die Verbreitung von klimaschonenden Technologien. Ziel eines nachhaltigen Energie- und Klimakonzeptes für den Industriestandort Deutschland muss daher eine Stärkung der deutschen Technologieführerschaft sein. Denn globaler Klimaschutz braucht global verfügbare Innovationen anstelle von unverhältnismäßigen, einseitigen nationalen Belastungen. Alle gesellschaftlichen Sektoren müssen zum Klimaschutz beitragen. Einen entscheidenden CO₂-Vermeidungshebel für effizienten Klimaschutz stellt der Gebäudesektor dar, der in Deutschland für 40 % des Primärenergieverbrauchs verantwortlich ist. Hier müssen Investitionshindernisse im Bereich der Gesetzgebung abgebaut werden (zum Beispiel bei Energieeinsparverordnung [EnEV] und Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz [EEWärmeG], im Bau- und im Mietrecht) sowie Förderprogramme und –strukturen transparent gestaltet werden.

VI. Energie- und klimapolitischen Instrumentenmix entrümpeln

Deutschland hat zahlreiche energie- und klimapolitische Instrumente angehäuft: Emissionshandel, EEG-Umlage, KWK-Umlage, Stromsteuer, Energiesteuer. Kumuliert führen sie zu sehr hohen Energiekosten für die Industrie und zu hohen, bürokratischen Belastungen vor allem beim Mittelstand. Die Instrumente müssen besser aufeinander abgestimmt werden, ihre Anzahl muss verringert werden. Auch die rechtliche Konstruktion muss teilweise überarbeitet werden. Denn Entlastungen sind oft nur als „Ausnahmen von der Regel“ konstruiert. Da das Ausland solche Sonderbelastungen zu meist nicht kennt, sind diese Entlastungen notwendig, um internationale Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Ihre Streichung hätte für viele Unternehmen existenzbedrohende Wirkungen. Diese Entlastungen sind für immer größere Teile der Industrie auch künftig überlebensnotwendig. Die Unternehmen benötigen dauerhafte Rechtssicherheit, auch in Bezug auf die Vereinbarkeit mit europäischem Steuer- und Beihilferecht. Wir brauchen ein Belastungsmoratorium für die Industrie, das eine verbindliche Deckelung derjenigen Energiekosten gewährleistet, die staatlich verursacht sind.

VII. Energieforschung intensivieren

Viele Schlüsselfragen der Energieversorgung bedürfen umfangreicher weiterer Forschung. Schwerpunkte bilden zum Beispiel: Energiespeicherung, noch energieeffizientere Kohlekraftwerke, CCS, wirtschaftliche Nutzung von CO₂ (Carbon Capture and Usage – CCU), Elektromobilität, Fusion, Smart Grids. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland bei den öffentlichen Aufwendungen für Energieforschung weit hinter konkurrierenden Wirtschaftsräumen zurück. So geben Länder wie Frankreich, Dänemark oder die Schweiz pro Kopf mehr als das Doppelte, Japan sogar mehr als das Dreifache dafür aus. Um die derzeitige Vorreiterstellung bei vielen Energietechnologien beizubehalten, müssen die Aufwendungen für Energieforschung daher deutlich erhöht werden.

VIII. Realisierung von Investitionen sicherstellen – Akzeptanz steigern

Das Konzept muss Wege aufzeigen, wie die Akzeptanz für notwendige Investitionen (zum Beispiel CCS, Kohlekraftwerke, Leitungsbau, Energiespeicher etc.) in der Bevölkerung gesteigert werden kann. Hierzu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen im Rahmen einer Akzeptanzinitiative aller Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Zudem sollten Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Zuständigkeiten im Planungsrecht müssen gegebenenfalls geändert werden, um Vorhaben auch durchsetzen zu können. Nur so können die zur Umsetzung des Konzeptes notwendigen Energie-Investitionen tatsächlich rasch getätigt werden.